

BFB-Präsident verlangt Strukturreformen

Einen ideologiefreien Kurswechsel in der Politik fordert der Präsident des Bundesverbandes der Freien Berufe, Dr. Stephan Hofmeister. Strukturelle Reformen seien ebenso notwendig wie echte Investitionen – ohne Umverteilung in der Haushaltslogik.

Dabei gehe es auch um einen Beitrag zum Gemeinwohl: „Bessere Rahmenbedingungen für uns kommen vor allem unseren Patientinnen, Mandanten, Klientinnen und Kunden – und damit allen Bürgerinnen und Bürgern – zugute“, sagte Hofmeister in einer Rede bei der Bundesingenieurkammer. Darin kritisierte er die mangelnde Handlungsfähigkeit staatlicher Strukturen und mahnte: „Was wir brauchen, ist ein Rückzug des Staates aus dem Mikromanagement von Wirtschaft und Gesellschaft!“ Hofmeister verwies zudem auf die zentrale Rolle der freien Berufe für die Stabilität in Zeiten multipler Krisen und betonte, dass Fortschritt und Wohlstand nicht in Teilzeit zu erreichen seien.

tas/Quelle: BFB

Vertrauen in Gesundheitssystem schwindet

Nur noch die Hälfte der Bundesbürger zählen das deutsche Gesundheitssystem zu den Top 3 der Welt. Das ist der schlechteste Wert, der jemals bei der jährlichen Erhebung des „Healthcare-Barometers“ von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PwC gemessen wurde. Vor allem ältere Menschen blicken kritisch auf die Gesundheitsversorgung. Auch den mit der Krankenhausreform geplanten Umgestaltungen bringen die Deutschen wenig Vertrauen entgegen, so PwC Deutschland, das für die Studie 1 000 Bürger nach ihrer Meinung zum deutschen Gesundheitswesen gefragt hat.

Nach Ansicht der Teilnehmer steht das deutsche Gesundheitswesen in den kommenden Jahren vor großen Herausforderungen, etwa durch den demografischen Wandel. Als wichtigste Aufgabe sehen sie die Bewältigung des Fachkräftemangels mit 65 Prozent.

Aus ihrer Sicht müssen ebenso Fragen der Finanzierbarkeit (56 Prozent) und der Sicherstellung der Versorgung im ländlichen Raum (49 Prozent) angegangen werden. Themen wie Digitalisierung,

Datenschutz oder Nachhaltigkeit und Klimaschutz spielen dagegen eine untergeordnete Rolle.

Wenig Vertrauen haben die Befragten in das zu Jahresbeginn in Kraft getretene Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz (KHVVG), das die Patientenversorgung verbessern und gleichzeitig die Gesundheitskosten senken soll. So blicken 59 Prozent „sehr skeptisch“ oder „eher skeptisch“ auf die Reform. Besonders kritisch sind Menschen ab 55 Jahren, die mehr Berührungspunkte mit dem deutschen Gesundheitswesen haben. Als mögliche Auswirkungen des Gesetzes befürchten die Bürger längere Anfahrtswege und Wartezeiten, die Schließung kleiner Krankenhäuser und höhere Kosten durch Eigenbeteiligungen.

Alle Ergebnisse des „Healthcare-Barometers 2025“ können Sie im Internet abrufen:
www.pwc.de/de/content/d6805539-33a3-4233-9dae-969794058bf4/pwc-studie-healthcare-barometer-2025.pdf



tas/Quelle: PwC Deutschland

apoBank zufrieden mit Geschäftsverlauf

Die Deutsche Apotheker- und Ärztebank (apoBank) hat das Geschäftsjahr 2024 mit einem Jahresüberschuss von 96 Millionen Euro (Vorjahr: 94,2 Millionen Euro) abgeschlossen. Damit werden der Aufsichtsrat und der Vorstand der Vertreterversammlung erneut eine Dividende von sechs Prozent vorschlagen. Das Betriebsergebnis vor Steuern stieg um ein Drittel auf 311,7 Millionen Euro (2023: 237,9 Millionen Euro).

Der Vorsitzende des Vorstands, Matthias Schellenberg, zeigte sich bei der Vorstellung der Ergebnisse zufrieden: „Unser Strategieprogramm Agenda 2025 trägt Früchte. Wir wachsen im Kundengeschäft und haben einen Turnaround bei der Entwicklung unserer Mitgliederbasis erzielt. Mit einer um 14 Prozentpunkte auf 62 Prozent gestiegenen Kundenzufriedenheit sehen wir uns darin bestätigt, dass unsere Maßnahmen greifen. Die apoBank hat wieder deutlich mehr Strahlkraft. Diesen Rückenwind nutzen wir, um unseren Weg konsequent weiter zu verfolgen.“

tas/Quelle: apoBank